

Konsum verschoben ist und keine Wirtschaft einem solchen Zwangs- system unterworfen hat, wie es die Devisenwirtschaft ist — man sollte glauben, daß ein solches Land überaus behutsam mit seinen Devisenverträgen umgeht und sie in erster Linie dazu verwendet, das zu kaufen, was es im Inland nicht erzeugen kann. Das sind die ausländischen Rohstoffe. Man sollte glauben, daß wir uns dafür Beschränkungen auferlegen in der Einfuhr der fremden Lebensmittel, die wir zu einem ganz überwiegenden Teil auch im Inland erzeugen können. Demgegenüber stelle ich fest, daß nach der amtlichen Statistik wir im ersten Halbjahr 1932 eine Netto-Einfuhr gehabt haben:

Table with 2 columns: an Lebensmittel, für 682 Millionen RM; an Rohstoffen, für 670 Millionen RM.

Die Einfuhr der zum größten Teil entbehrlichen Lebensmittel war also um 12 Millionen höher als die Rohstoffeinfuhr! Dabei ist die Gestaltung unserer Einfuhr in diesen Punkten immer ungünstiger geworden, wenn man die gleichen Zeiträume der Vorjahre damit vergleicht. Im entsprechenden Halbjahr des Jahres 1931 überstieg noch die Rohstoffeinfuhr und zwar um etwa 80 Millionen, und im ersten Halbjahr 1930 um 80 Millionen. Die Dinge laufen also so, daß durch die Einfuhr überflüssiger Lebensmittel die Versorgung unserer Industrie mit Rohstoffen in Gefahr gerät. Es wäre Sache gerade der industriellen Verbände, diesem Punkte ihre ernste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Kun ein letztes: Wir konkurrieren mit Ländern, die zum Teil ganz andere soziale Verhältnisse, namentlich Löhne, zum Teil ganz andere außenpolitische Methoden haben. In Chemnitz beispielsweise, dem Hauptort unserer Strumpfindustrie, werden heute japanische Socken angeboten! Die Produktionsmethoden dieses Landes erlauben es ihm also, die deutsche Arbeit nach Zurücklegung eines Weges um den halben Erdball herum am Orte unserer Erzeugung zu unterbieten. Rußland hat Teile unserer Landwirtschaft, namentlich die Forstwirtschaft und die Holzindustrie, und viele andere Wirtschaftszweige durch seine Dumping-Methoden bereits ruiniert, während wir ihm gewaltige Kredite bei Übernahme deutscher Ware einräumen. Dieses letztere Beispiel zeigt allein, daß wir diesem Staate nur gewachsen sind, wenn wir zu einem einfachen Tauschverfehr, Ware um Ware, Leistung um Leistung, zurückkehren. Wir sind bereits in die Gefahr geraten, durch unsere Lieferungen und Leistungen eine Konkurrenzindustrie großzuzüchten, die uns dann im eigenen Lande niederkonkurriert.

Gerade heute hat der Wirtschaftler allen Anlaß, über seine geschäftlichen Tageschwierigkeiten hinaus auf den großen Gang der Volkswirtschaft zu achten. Nach der Lebenszeit der letzten 14 Jahre sollte jeder einsehen, daß sein Schicksal vom Schicksal des Ganzen abhängt.

Brauns Absichten im Reichsrat

Anrufung des Staatsgerichtshofes unwahrscheinlich

Berlin, 1. November. Die für heute anberaumte Sitzung des alten preussischen Kabinetts ist auf Mittwoch vormittag verschoben worden, da mehrere Mitglieder des Kabinetts Braun heute außerhalb Berlins Weisungen hatten. In der morgigen Kabinettsitzung wird es sich vor allem um die Vorbereitung der Ausschussfassung des Reichsrats handeln. Man wird sich darüber schlichten werden, ob und welche Forderungen aus den neuen Maßnahmen des Reichskommissars bzw. der Reichsregierung gezogen werden.

Dagegen glaubt man in unterrichteten Kreisen nicht, daß sich das Kabinet Braun von einer abermaligen Anrufung des Staatsgerichtshofes im Augenblick Wesentliches verspricht. Eine neue Situation wäre dann gegeben, wenn etwa Bayern oder ein anderes Land diesmal die Initiative ergreifen würde. An der Sitzung der Reichsratsausschüsse am 8. November nehmen für Preußen die Ministerialdirektoren Dr. Brecht, Dr. Bobt und Cofmann teil. Man erwartet in dieser Sitzung eine größere politische Debatte über die Vorgänge in Preußen. Preussischer Stellvertreter im Reichsrat bzw. in den Ausschüssen wird Ministerialdirektor Dr. Brecht sein.

Danziger Note an Polen

Danzig, 1. Nov. Der Senat hat am Montag an den Vertreter Polens eine Note gerichtet, in der es u. a. heißt:

Unter dem 22. Oktober ds. Js. hatte ich mich erneut an Sie gewandt wegen der Behinderung des Absatzes Danziger Waren nach Polen. Immer weitere Vorstellungen werden täglich bei dem Senat von Danziger Firmen gemacht, daß die Beschlagnahmungen Danziger Waren in Polen und die Abdrängung der Danziger Waren von dem polnischen Markt nicht nur nicht nachgelassen haben, sondern sogar weiter verschärft worden sind.

Die polnischen Grenzstellen sind inzwischen dazu übergegangen, Danziger Waren nur dann über die Grenze zu lassen, wenn die Einfuhrgenehmigung eines polnischen Zollinspektors vorgelegt wird. Dies bedeutet nichts anderes als daß für jede Einfuhr von Danziger Waren nach Polen eine Einfuhrgenehmigung nach polnischer Anschauung erforderlich ist und daß die Einfuhr von Danziger Waren von der willkürlichen Auffassung irgendwelcher Bedingungen, die mit den bestehenden Verträgen in Widerspruch stehen, von polnischen Zollinspektoren abhängig ist.

Da ich es trotzdem immer noch nicht für möglich halte, daß die polnische Regierung in offener Form unter den Augen des Herrn Hohen Kommissars die Verträge verletzen will, muß ich Sie, Herr Minister, dringend bitten, auf meine Vorstellungen vom 22. September, vom 22. Oktober und vom heutigen Tage mit umgehend mitteilen zu wollen, ob Sie bereit sind, dahin zu wirken, daß unverzüglich ein den Verträgen entsprechender Zustand in dem Warenverkehr von Danzig nach Polen wiederhergestellt wird.

Die Pressestelle des Senats meldet hierzu ergänzend: „Polnische Privatpersonen und polnische Beamte versuchen mit allen Mitteln, die polnischen Kaufleute von dem Bezuge Danziger Waren abzuhalten. Man geht sogar soweit, daß polnische Kaufleute, die Danziger Waren kaufen, als Mitglieder des polnischen Staates bezeichnet werden.“

Tagung der Kriegsopter in Berlin

Berlin, 1. November. Der Verbandsvorstand des Reichsverbandes deutscher Kriegsopter e. B. hielt in den Tagen vom 29. bis 31. Oktober 1932 in Berlin eine wichtige Tagung ab, die aus allen Teilen des Reichs zahlreich besucht war. Sie beschäftigte sich neben einer Reihe organisatorischer Fragen in erster Linie mit öffentlichen und auf sofortige Abhilfe drängenden Notständen in den Kreisen der Kriegsopter und Kriegserhnteliebenden. Es kam hierbei vor allem zum Ausdruck, daß sich die Ansprüche der Kriegsopter auf eine ausreichende Versorgung und Fürsorge auf wachsende Rechte gründen. Mit aller

Lebende „Denkmäler“

Diese Statuen aus Fleisch und Blut auf den Kellernamen Postamenten sind englische Arbeitslose, die sich bei der erneuten Hungerdemonstration auf dem Londoner Trafalgar-Square auf die den Platz einräumenden Säulen stellten, um die Redner besser sehen zu können.



Entschiedenheit müsse man sich dagegen wenden, daß der Charakter dieser Ansprüche immer mehr zerstört werde. Die Tagung begrüßte ferner, daß die deutsche Reichsregierung vorerst wenigstens einige besonders drückende Härten in der Reichsvorlegung gemildert hat. Sie stellte jedoch fest, daß diese Maßnahmen durchaus nicht ausreichen, um die offensichtliche Not der Versorgungsberechtigten zu beheben. Beschlüssen wurde, unermüdlich weitere Schritte zu unternehmen, damit das schwere Geschick der deutschen Kriegsopter, das durch einen in den letzten Jahren rigoros durchgeführten Versorgungs- und Fürsorgeabbau unendlich verschärft wurde, schnellstens fühlbar erleichtert wird.

Gustav Adolf-Gedächtnis in Stockholm und Lügen

Die Feiern des 8. November

Mit den Feiern am 8. November, dem 300. Todestag des Schwedenkönigs, erreicht das Gustav Adolf-Jahr in Schweden und Deutschland seinen Höhepunkt. In Stockholm findet am Freitag, den 4. November, in Anwesenheit des Königs eine Feier der deutschen Gemeinde in der St. Gertrud-Kirche statt, und am Sonntag, den 6. November, ein Gedächtnisakt in der Riddarhofskirche am Gustav Adolf-Grab. Von deutscher Seite nehmen an den Feiern teil Geheimrat Professor D. Dr. Dehmann-Berlin und Universitätsprofessor D. Witthaus-Erlangen. D. Dehmann wird, wie man hört, eine Botschaft des deutschen evangelischen Kirchenbundes an die Kirche Schwedens überbringen und zu diesem Zweck am 4. November von König Gustaf von Schweden in Audienz empfangen werden. Dr. Witthaus wird im Namen des deutschen evangelischen Kirchenauschusses am Grab Gustav Adolfs einen Kranz niederlegen.

Zu der Feier in Lügen, die das Kuratorium der Gustav Adolf-Kapelle veranstaltet, werden, wie gemeldet, das schwedische Kronprinzenpaar, Bischof D. Stabeller als Vertreter der schwedischen Kirche und zahlreiche Angehörige der schwedischen Armee erwartet. An einem Gottesdienst in der Gustav Adolf-Kapelle mit Predigt des Kirchenbundspräsidenten D. Dr. Kapler schließt sich eine Feier am Gustav Adolf-Stein an, bei der der schwedische Kronprinz, der finnische Gesandte in Berlin und ein Vertreter der Reichsregierung sprechen und Kränze niederlegen werden. Mit dem Vorbeimarsch einer Reichswachtcompagnie und der Vereine findet die Feier ihren Abschluß.

Bund Deutscher Mietervereine

Der Bund Deutscher Mietervereine e. B. Sitz Dresden, hat jetzt der Reichsregierung eine Denkschrift „Volkswohl geht vor Eigennutz“ überreicht. Im Mittelpunkt seiner Darlegungen weist er auf die Wohnungswirtschaft und die auf diesem Gebiete bestehende Lücke des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung hin. Er fordert als beste Antisepse der Wirtschaft Wohnungsbau und Siedlung auf weite Sicht und tritt für die Beibehaltung der Hauszinssteuer ein. Wegen der immer größer werdenden allgemeinen Wirtschaftsnot und der infolgedessen zunehmenden Räumungsklagen verlangt er weitere Zinsentzückung und Mietentzückung als Mittel zur Erhöhung der Kaufkraft und besonders Maßnahmen für Neubauwohnungen. Der Bund wendet sich gegen den 50-Millionen-Fonds der Reichsregierung für Instandhaltung des Althausbestandes und verlangt den Verwendungszwang für den Teil der Miete, der für Instandsetzung bestimmt ist.

„... ohne Grund niedergefallen“

Der Grenzzwischenfall bei Guttentag

Berlin, 1. Nov. Zu dem Grenzzwischenfall in der Nähe des Dorfes Sorowki an der deutsch-polnischen Grenze, bei dem der deutsche Arbeiter Popanda von einem polnischen Zollbeamten erschossen wurde, liegt jetzt dem Landlägeramt der Bericht eines Augenzeugen vor, dessen Darstellung Zeugnis von der ganz unerklärten Handlungsweise des polnischen Beamten ablegt.

Der Augenzeuge berichtet, daß Popanda, in dessen Begleitung sich ein Mädchen befand, auf den Anruf durch den polnischen Zollbeamten sofort liehengegeben sei und die Hände hochgehoben habe. Wörtlich heißt es dann in dem Bericht weiter: Der polnische Zollbeamte kam mit schußbereit angeschlagenem Gewehr auf Popanda zu, der vor Angst heftig zitterte und den Beamten bat, nicht zu schießen, da er nichts bei sich habe und nur mit dem Mädchen dortgestanden habe. Wörtlich hob der polnische Beamte ohne Grund sein Gewehr in die Höhe und schoß Popanda nieder. Popanda stürzte in einen Graben und blieb hilflos liegen. Der Beamte gab dann noch etwa acht Schüsse in die Luft ab und zog sich etwa 80 Schritte zurück. Er legte sich hinter einen Baum und schlug das Gewehr auf uns an, obwohl wir auf deutschem Boden standen. Wir versuchten, dem Verletzten Hilfe zu leisten, doch der polnische Beamte hinderte uns daran, indem er das Gewehr auf uns in Anschlag hielt und sagte, daß er sofort schießen würde, falls wir es wagen würden, an den Verletzten heranzutreten. Erst nach zweifelhafte Bitten erlaubte der polnische Zollbeamte einem deut-

sehen Zollbeamten, den Schwerverletzten notdürftig zu verbinden. Während der ganzen Zeit von etwa drei Stunden hat der Schwerverletzte im Graben gelegen.

Dr. Trendelenburgs Amtsantritt in Genf

Genf, 1. Nov. Der neuernannte deutsche Untergeneralsekretär im Völkerverbundsekretariat, Dr. Trendelenburg, wird nach Mitteilung aus dem Sekretariat sein Amt noch in den nächsten Tagen antreten. Dr. Trendelenburg übernimmt bekanntlich die Wirtschafts- und Finanzabteilung des Sekretariats, und er wird in dieser Eigenschaft maßgebend an der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz beteiligt sein.

Wechsel im Präsidium des ADAC

Der Präsident des ADAC, Landesbauamt Dipl.-Ing. G. Fröh (München) hat nach 18jähriger Tätigkeit in der Leitung des ADAC infolge der Verschlimmerung eines im seit Jahren schwer beeinträchtigenden Leidens sein Amt niedergelegt.

Französische Verzögerungstaktik

Der Wortlaut des Abrüstungsplanes wird erst Ende November veröffentlicht

London, 1. November. Der französische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet aus Paris: Entgegen einer anfänglich vielfach verbreiteten Annahme wird Paul-Boncour in der Sitzung des Abrüstungsbüros am 3. November den französischen Plan nicht im vollen Wortlaut mitteilen, sondern sich im Einvernehmen mit Ferriot damit begnügen, seine wesentlichen Punkte zu erläutern. Das Dokument selbst wird der allgemeinen Kommission der Abrüstungskonferenz erst bei ihrem Zusammentritt Ende des Monats unterbreitet werden.

Der französische Kriegsminister Paul-Boncour wird am Mittwochabend in Genf eintreffen. Für Donnerstagvormittag ist eine Besprechung zwischen Paul-Boncour und Fenderlon vorgesehen, in der die Dispositionen für die angekündigte Rede des französischen Vertreters getroffen werden dürften. Am Donnerstagvormittag tritt das Büro der Abrüstungskonferenz zusammen.

Ein englischer Gegenvorschlag?

London, 1. November. Der parlamentarische Korrespondent des „News Chronicle“ sagt, politische Kreise glaubten, daß in den nächsten Tagen eine Mitteilung über neue britische Abrüstungsvorschläge erfolgen werde.

Zu der Sitzung des englischen Kabinetts, in der die Abrüstungsfrage behandelt wurde, berichten die „Times“, daß hauptsächlich die Richtlinien erörtert wurden, die Außenminister Simon ausgearbeitet habe. Die Kabinettsverhandlungen würden normalerweise in einem Kabinettsauschuss fortgeführt werden. Die Abreise Simons nach Genf hänge ganz von dem Fortgang der dortigen Verhandlungen und davon ab, welche ausländischen Staatsmänner nach Genf kämen.



Der Kommandant der „Niobe“ vor dem Kriegsgericht

Kapitänleutnant Kuhfus, der Kommandant des so tragisch geendeten Schuttschiffes „Niobe“ steht am 8. November vor dem Kriegsgericht in Kiel um sich gegen die Anklage zu verteidigen, daß er aus Fahrlässigkeit den Untergang des Schiffes und damit den Tod von 60 jungen Seelenten verschuldet habe.